

Die Chemnitzer Bürgerinitiative

"Gegen die unangemessenen Tarifierhöhungen des VMS und der CVAG für die Teilnehmer am innerstädtischen Nahverkehr von Chemnitz"

(CBI gegen unangemessene TE im ÖPNV)

stellt sich vor:

Herausbildung der Bürgerinitiative

In Anbetracht des fehlenden Willens vor allem der Chemnitzer Verkehrsaktiengesellschaft (CVAG) sowie des Verkehrsverbunds Mittelsachsen (VMS), massiven Bürgerprotesten im Zusammenhang mit dem erfolgten Beitritt der CVAG zum VMS ab 01.01.02 und der damit ausgelösten Tarifumstellung (verbunden mit gravierenden unangemessenen Tarifierhöhungen) Rechnung zu tragen, bildete sich die o.g. Bürgerinitiative heraus. Die BI erhielt unmittelbar von den Bürgern, die an den von der CVAG durchgeführten Foren am 5./6. Februar 2002 in Chemnitz teilnahmen, ihren Auftrag.

Charakteristik und Arbeitsweise der BI

Die BI versteht sich als ein kollektivleitendes Gremium mit tätigen Aktivpersonen und ist für alle interessierten Bürger offen. Nach außen wird die BI von einem Sprecher vertreten. Erforderliche Arbeitsschritte und Maßnahmen werden im Gremium beraten, koordiniert und beschlossen. Die Beratungen sind öffentlich und finden deshalb auch in einem öffentlichen Bürgerbüro der Stadt Chemnitz, 09113, Leipziger Straße 3, Tel/Fax 0371/3350520, statt. Das Bürgerbüro nimmt Posteingänge für die BI entgegen, deshalb Vorschläge, Hinweise, Kopien von Leserbriefen u.a. Material an diese Anschrift. Unsere BI erklärt sich als eine von den Parteien unabhängige Bürgerbewegung. Gespräche mit Vertretern von Parteien und politischen Kräften werden geführt, wenn diese eine Unterstützung für die Zielorientierung der BI erkennen lassen.

Anliegen/Aufbegehren der BI

Die Demokratie und die Einbeziehung der Bürger sollte bei dem Eintritt der CVAG zum VMS und der damit verbundenen Übernahme des Verbundtarifs für die Chemnitzer Bürger auf der Strecke bleiben. Bei der Ausarbeitung des Verbundtarifs wurde sich vorwiegend auf "Fachspezialisten" und für Chemnitz insbesondere auf die "Vertretbarkeit der Unternehmensgeschäftsführung der CVAG" verlassen. Die Meinung der Bürger und ihre Einbeziehung war bei der Vorbereitung und Umsetzung des Verbundtarifs nicht gefragt und offensichtlich überhaupt nicht eingeplant. Die Bürger der Stadt Chemnitz, die als Oberzentrum des VMS den Hauptanteil zur Finanzierung des VMS erbringen müssen, wurden weder lang- noch kurzfristig in Bürgerveranstaltungen oder durch das Chemnitzer Amtsblatt entsprechend vorinformiert. Die Einflussnahme der Politik bezüglich ihrer kommunalpolitischen Verantwortung und Interessenvertretung für die Bürger blieb aus, im Gegensatz zu der auf den Fahnen geschriebenen Bürgernähe.

Trotz eindringlicher Warnung der Chemnitzer Zeitung "Freie Presse" bereits am 16./17.09.2001 vor dem "Dreh an der Preisschraube", wurden von den verantwortlichen Herren des VMS und der CVAG die Hinweise und Bedenken der Bürger ignoriert und später in mehreren Presseinterviews unmittelbar vor und nach der Tarifeinführung teilweise oberflächlich und arrogant überspielt.

Das neue Tarifsystem wollte man um jeden Preis durchsetzen und so wurde es am 01.01.2002 als "Die neuen Preistrümpfe des VMS" den Chemnitzer Bürgern als nachträglichen Weihnachts- und Neujahrs Geschenk sowie als verkleidete Mogelpackung zu Europreisen unter der Losung "Alles neu macht der Januar" präsentiert. Auch die Werbeflops "Ein Fahrplan, ein Fahrschein, ein Tarif" oder "Ein Fahrschein für das gesamte Verbundgebiet" entpuppte sich für die Chemnitzer Teilnehmer am innerstädtischen ÖPNV alsbald in den ersten Januartagen des Jahres 2002 als große Seifenblase.

Feststellung der Bürgerinitiative

Das neue Tarifsystem des VMS, auch wenn die CVAG nun als Mitglied integriert ist, ist für den rein innerstädtischen Nahverkehr von Chemnitz, d.h. für die Tarifzone 13, so nicht übertrag- und annehmbar. Deshalb der Forderungskatalog der BI vom 28.03.2002 an den Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzenden der CVAG und des VMS, Herrn Dr. Seifert. Umfassende Korrekturen und eine Antwort bis zum 30.04.2002 wurden angemahnt.

Grundpositionen der Bürgerinitiative:

Im Zeitalter eines zwingend erforderlichen ökonomischen Denkens sind periodische und unangemessene Tarifierhöhungen im ÖPNV zur bedingten Erzielung von gravierenden Mehreinnahmen politisch nicht zu verantworten. Tarifierhöhungen führen immer wieder im stärkeren Maße zum Verlust von Fahrgästen aller Personengruppen. Und dieser Teufelskreis kann niemals durch weitere Tarif- und Entgelterhöhungen durchbrochen oder ausgeglichen werden. Der Fahrgästeschwund erreicht gravierende Ausmaße und führt zur weiteren Ausdünnung des Verkehrsnetzes und zum Verlust von Mobilität und Attraktivität des ÖPNV. Im Gegensatz dazu schaffen niedrige Verkehrstarife stärkere Anreize zum Benutzen der öffentlichen Verkehrsmittel und entlasten gleichzeitig den innerstädtischen Raum. Die logische Folge ist eine bedeutend höhere Auslastung der Fahrzeuge des ÖPNV, die im Ergebnis wiederum zu höheren Mehreinnahmen führt.

ÖPNV-Tarife, vor allem im innerstädtischen Nahverkehr eines Ballungsgebietes wie Chemnitz, müssen vor allem für die Personengruppen bezahlbar bleiben, die auf die Nutzung des ÖPNV angewiesen sind. Unter noch "zumutbaren Tarifen" versteht die BI (für alle die hier nicht nachvollziehen können) Tarife, die gerade noch bis zur vertretbaren finanziellen Schmerzgrenze für bestimmte Personengruppen gehen. Die Tarife im ÖPNV müssen also sozial verträglich und sozial vertretbar sein.

Einsparungen im kommunalen Haushalt dürfen deshalb nicht zu Lasten von Zuschüssen für den ÖPNV gehen. Kürzungen auf diesem Gebiet betreffen vorwiegend Personen und Familien, die unbedingt auf den ÖPNV angewiesen und teilweise auch im Einkommensniveau niedrig angesiedelt sind. Diese Privathaushalte, die schon empfindlich und spürbar durch die Preisspirale und Ökosteuern in diesem Land zur Kasse gebeten wurden, werden wiederum durch Preiserhöhungen bei den Tarifen im ÖPNV nochmals geschröpft und doppelt benachteiligt.

Tarifentscheidungen im ÖPNV sind wichtige politische bzw. kommunalpolitische Entscheidungen. Die Sicherung "von sozialverträglichen und noch bezahlbaren" Tarifen für die Chemnitzer Teilnehmer am innerstädtischen Nahverkehr ist deshalb auch eine Aufgabe der Politik unter Berücksichtigung des Standortes dieser Stadt in Deutschland und ihrer tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse.

Die CBI wird am 06.05.2002 im Gremium über weitere Schritte beraten und diese in einem Bürgerforum in der zweiten Maihälfte vorstellen. Der BI liegt jedoch zwischenzeitlich ein Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Chemnitz, Herrn Dr. Seifert, vor. Es werden der BI konkrete Schritte bezüglich der inhaltlichen und zeitlichen Abarbeitung in Auswertung des Forderungskataloges unterbreitet. Ein erstes deutliches Signal für mögliche Tarifänderungen wurde somit gesetzt. In Vorbereitung einer am 29.04.2002 beim VMS vorgesehenen ersten Informationsberatung fand bereits am 15.04.2002 ein Konsultationsgespräch im Rathaus statt. Da die BI immer ihre Bereitschaft für eine konstruktive Zusammenarbeit in Interessenwahrnehmung der Bürger erklärte, ist sie selbstverständlich bereit, diese Gesprächsangebote anzunehmen und zu nutzen – selbstverständlich auch in Erwartung tragfähiger Angebote.

Ein besonderer Dank gilt dem Personal und der Leiterin des Bürgerbüros, Leipziger Straße 3, für die bisherige Unterstützung der BI. Damit wurde es möglich, die teilweise explosiven Emotionen und Proteststürme von Bürgern vorerst zu beruhigen. Die Bürger vertrauen vorerst auf unsere BI und die BI appelliert nochmals an Alle, die hier Verantwortung mittragen.

Matthias Haustein
Mitglied im Gremium der BI

Roland Kaden
Sprecher der BI

Erhard Ankert
Mitglied im Gremium der BI